

Zum Ergebnis der Wahlen in Westdeutschland am 14. August 1949

1. Das Ergebnis der Wahlen in Westdeutschland am 14. August 1949 stellt eine folgenschwere politische *Fehlentscheidung* dar. Die Wählermassen sind der von den westlich orientierten Parteien betriebenen Propaganda erlegen, durch die Illusionen erweckt wurden, als ob die vollen Schaufenster eine wirkliche Verbesserung der Verhältnisse bedeuten, als ob die kapitalistische Wirtschaftspolitik Erhards die Lage der Massen erleichtern könne und im Bonner Separatstaat eine größere Selbstverwaltung der Deutschen möglich sei. Auf Grund dieser Illusionen haben die Wähler ihre Stimmen in überwiegender Mehrheit jenen Parteien gegeben, deren Führer für die Zerreißung Deutschlands und für die koloniale Unterdrückung der losgerissenen west- und süddeutschen Teile die volle Mitverantwortung tragen.

Das Wahlergebnis kann in keinem Falle als freie demokratische Willensäußerung der deutschen Bevölkerung angesehen werden. Es ist die Folge eines mit allen Mitteln der ideologischen Verhetzung, des Massenbetruges, der politischen Unterdrückung, des wirtschaftlichen Druckes und des physischen Terrors geführten Kampfes gegen die Vertreter der wahren Interessen des deutschen Volkes.

In Verkennung der dem ganzen deutschen Volke drohenden Gefahr und des antinationalen Charakters der Politik dieser Parteien hat die Mehrheit der Wähler die durch die Wahl gebotene Möglichkeit, ein Bekenntnis für die Einheit der deutschen Nation und den Frieden abzulegen, nicht ausgenutzt. Dadurch hat sie dem amerikanischen Imperialismus und seinen deutschen Agenten erleichtert, den trügerischen Anschein zu erwecken, als ob ihre Politik den Interessen des deutschen Volkes entspreche.

Das Ergebnis des Wahlkampfes ist eine Entscheidung gegen die wahren Interessen des deutschen Volkes. Es wird von den amerikanischen Monopolkapitalisten ausgenutzt werden, die Politik der Spaltung und nationalen Unterdrückung, der Ausbeutung, der Verhinderung eines Friedensvertrages für Deutschland und der unbefristeten Besetzung verstärkt weiterzuführen